



Am prekären Abgrunda



Soziale Gerechtigkeit ist zu einer verlogenen Worthülse geworden. In Deutschland leben **2,8 Millionen Kinder**, die, kaum geboren, ein Leben voller Entbehrungen, Demütigungen, Ausgrenzungen vor sich haben, **2,6 Millionen Klein-RentnerInnen**, die nach einem Leben, das ohnehin durch geringe Entfaltung- und Teilhabemöglichkeiten geprägt war, von Sorgen um ihr Überleben, durch gesundheitliche Vernachlässigung und häufig durch soziale Isolation bedroht sind, **6,4 Millionen EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II (Hartz IV)**, darunter viele alleinerziehende Mütter, MinijobberInnen und Langzeitarbeitslose, die unter schlechter Ernährung leiden, häufig chronisch erkranken und etwa sieben Jahre früher sterben als Menschen, die materiell sorgenfrei leben können.

Die Zahlen sind bekannt, aber abstrakt, schafen eher rationale Distanz als Empathie mit den betroffenen Menschen. Etwas lebensnaher werden sie, wenn wir uns vorstellen, sie alle würden sich zu einer der Menschenketten zusammenfinden, die bei Protesten gegen AKWs oder andere politisch und ökonomische Zumutungen so beliebt sind. Wenn jeder dieser von Armut und Elend bedrohten Menschen einen Meter Platz einnimmt – viel mehr gesteht ihnen die gesellschaftliche Raumverteilung ohnehin nicht zu –, wäre sie etwa 11800 Kilometer lang. Die Armut in Deutschland würde also am Äquator, Mensch für Mensch, etwa ein Viertel des Erdumfangs besetzen, etwa von Libreville, der Hauptstadt von Gabun, nach Osten bis Kuala Lumpur, der Hauptstadt von Malaysia. Innerhalb der deutschen Grenzen entstünde eine Schlange, die sich von Sylt bis ins Allgäu 13-mal windet, und wer von Ost nach West oder umgekehrt quer durch das Land reisen würde, stieße alle 50 km auf sie, auf eine obszöne gesellschaftliche Realität: Unübersehbar über den Horizont nach links und rechts hinausreichend, wahrscheinlich auch unüberhörbar. Übrigens: Würden wir alle NiedriglöhnerInnen und Werksvertragsbetrogenen hinzuzählen, wären die Zahlen der armutsbedrohten Menschen etwa doppelt so hoch. Soziale Marktwirtschaft, Sozialstaat – Schlagworte für Festreden und Wahlkämpfe. Ihr Versprechen haben sie seit Gründung der Bundes-

republik für viele Millionen ihrer Bürger allenfalls marginal eingelöst, die Agenda 2010 kassierte es mit Hartz-IV, Niedriglohnsektor und gesetzlich zementierten Armutsrisiken endgültig. In den letzten zwei von Covid überschatteten Jahren hat sich die Ignoranz gegenüber jenen, die schon immer an den gesellschaftlichen Rand gedrängt worden waren, noch einmal verstärkt: Die Mietpreise sind für sie unbezahlbar geworden, die Zahl wohnungsloser Menschen ist weiter gestiegen, familiäre Aggressivität unter beengten Wohnverhältnissen hat zugenommen, ihre dramatischen Lerndefizite wegen fehlender Lernmaterialien werden Hunderttausende armer Kinder nie mehr aufholen, über existenzielle Ängste von RentnerInnen und arbeitslos Gewordenen könnten PsychotherapeutInnen und ÄrztInnen dicke Bücher schreiben. All diese prekären Schrecken finden in der gediegenen Öffentlichkeit nicht statt, für sie besteht kein politisches Interesse. „Hungern oder frieren“ überschrieb „Der Freitag“ einen einschlägigen Bericht. Gibt es Hoffnung auf Veränderung? Nein, antwortet der Koalitionsvertrag der neuen Bundes-

Wer, so fragt die alleinerziehende Mutter, ist denn jemals in meinem Leben mit mir und meinen Kindern solidarisch gewesen?

regierung: Erhöhter Mindestlohn, die eine oder andere Erleichterung für BezieherInnen von Arbeitslosengeld II und kleine Verbesserungen für Kinder und RentnerInnen münden in kosmetische Korrekturen. Die festgeschriebenen Steuer-, Einkommens- und Vermögensprivilegien für den gut situierten Teil der Gesellschaft aber werden, von der FDP triumphal gefeiert, soziale Ungleichheit systematisch weiter verschärfen. Und SPD und Grüne? Sie haben diese sozialpolitische Bankrotterklärung, unter Aufgabe ihrer Wahlversprechen für mehr soziale Gerechtigkeit, die sie nun zu dem sinn- und folgenlosen Adjektiv „sozialverträglich“ geschrumpft haben, durchgewunken.

Wer ehrlich und solidarisch in den prekären Abgrund dieser Gesellschaft blickt, erkennt voller Ernüchterung, aber auch Zorn, dass jede Hoffnung, Armut und Elend in Deutschland könnten irgendwie irgendwann in den Fokus der Verantwortlichen des politisch-ökonomischen Kartells geraten, vergeblich ist. Die an seinem Rand stehen oder schon in seine Aussichtslosigkeit gestürzt sind, müssen sich durch die gesellschaftlichen Narrative über

den notwendigen Beitrag zur pandemischen Bewältigung, der auch von ihnen zu fordern sei, zusätzlich verhöhnt fühlen: Solidarität aller sei nötig, so lautet das beliebteste von Politik und Medien kolportierte Schlagwort, um dem Virus die rote Karte zu zeigen. Wer, so fragt die alleinerziehende Mutter, ist denn jemals in meinem Leben mit mir und meinen Kindern solidarisch gewesen? Und weshalb bedeutet Solidarität, will der Langzeitarbeitslose wissen, dass vor allem wir, die ohnehin am bzw. unter dem Katzentisch der Gesellschaft sitzen müssen, von den Folgen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie am stärksten bedrängt und belastet werden? Ich kotze, sagt der perspektivlose Jugendliche, wenn Solidarität darin bestehen soll, dass die reichsten Menschen während der Pandemie ihre Vermögen verdoppelt haben, während meine Lage noch hoffnungsloser geworden ist! Auch Solidarität, so lautet ihre unmissverständliche Botschaft, muss man sich leisten können. Und wer seine Empörung über lebenslang erlebte und aktuell verschärfte Ungerechtigkeit auf die Straße trägt und sich anhören muss, Verschwörungstheoretiker oder unverantwortlicher Egoist zu sein, wird für ein demokratisches gesellschaftliches Projekt vielleicht verloren sein.

Wir vom „Bündnis für Menschenwürde und Arbeit“ werden unsere Aufgabe weiterhin darin sehen, Menschen, denen ihr vom Grundgesetz zugesicherter – „die Würde des Menschen...“ – Platz in der Gesellschaft vorenthalten wird, aufzuklären und zu agitieren. Wir werden sie weiterhin ermuntern, ihre Interessen lautstark und penetrant geltend zu machen, Gegenwehr zu üben und ihre Rechte auf ein würdevolles Leben einzufordern. Der Kandidat der Linken für das Amt des Bundespräsidenten hatte zwar keine Chance, es zu werden, aber, täglich mit der Not obdachloser Menschen konfrontiert, weiß er, wie auch wir wissen, um das Grundübel dieser Gesellschaft: „Ungleichheit ist die Mutter aller Probleme“ – ein kleiner Schritt des Aufbegehrens gegen sie soll auch dieser neue Bündnisbrief sein.

Ungleichheit ist die Mutter aller Probleme. 

Dr. Günter Rexilius

Ein Resümee zumindest zu diesem Handlungsfeld fällt mit dem Begriff „Etikettenwechsel“, den ich eingangs verwendet habe, sehr freundlich aus. Es müsste wohl eher von Etikettenschwindel die Rede sein.

Kinder-Grundsicherung

Es soll eine Zusammenfassung der Leistungen für Kinder geben, in der die bisherigen Leistungen Kindergeld, SGBII/XII-Leistungen und Kinderzuschlag aufgehen sollen. Einerseits wird hier von einem einkommensunabhängigen Garantiebetrag gesprochen, dies gilt dann aber nur für jene Haushalte, die keine anderen Leistungen bisher in Anspruch nehmen mussten. Für alle anderen dürfte die so gepriesene Leistung mit neuerlichen Anträgen verbunden sein. Und entscheidend: die Höhe dieser Grundsicherung ist bislang nicht beziffert. Ob diese geplante Leistung also tatsächlich eine Besserstellung der Kinder in armen Familien bedeutet ist nicht erkennbar.

Mindestlohn, Mini- und Midijobs

Die geplante Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro stellt auf jeden Fall eine Verbesserung um knapp 15 % dar. „Damit erreicht der Betrag nahezu 60 Prozent des mittleren Bruttoverdienstes in Deutschland. Diese Schwelle wird auch von der EU-Kommission oft als Wert genannt.“⁹

Von dieser Regelung könnten nach Prof. Bäcker etwa 8. Mio. Beschäftigte profitieren. Gleichwohl bleibt festzuhalten, dass dieser Mindestlohn auch im europäischen Vergleich keine herausragende Stellung einnimmt, wie die oft gepriesene wirtschaftliche Macht eines „Vize-Exportweltmeisters“ es vermuten lässt. Spanien hat jetzt bereits zum Vergleich einen Mindestlohn von 15 Euro. Unklar bleibt im Zuge der Erhöhung die Frage, welche Anstrengungen unternommen werden, die Einhaltung der bislang schon oft unterlaufenen gesetzlichen Regelung zukünftig zu kontrollieren. Eng verbunden mit dem Faktor prekärer Arbeit sind die Minijobs, für die angesichts der Mindestlohnerhöhung die Pauschalen auf 520 Euro und bei Midijobs auf 1600 Euro erhöht werden sollen.

„... alle empirischen Befunde lassen erkennen, dass diese Beschäftigungsverhältnisse prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind, die insbesondere für Frauen eine berufliche Sackgasse und eben keine Brücke in reguläre Beschäftigung sind. Hier wird eine Beschäftigungsform ausgeweitet und faktisch subventioniert, die den Beschäftigten keinen ausreichenden sozialen Schutz bietet, wie dies die Erfahrungen in der Pandemie deutlich belegen.“¹⁰

Weiter zeigen bisherige Erfahrungen, dass diese Kombination von Niedriglöhnen und mangelnden Beschäftigungsumfängen im Rentenalter zur Altersarmut führen.

Alterssicherung

Mit dem Projekt Klagemauer hat das Bündnis in der Vergangenheit schon mehrfach das Thema Altersarmut im Austausch mit Betroffenen bearbeitet. Ein Ergebnis war die politische Forderung nach einem deutlich erhöhten Mindestlohn, um perspektivisch Altersarmut zu vermeiden und die Forderung nach einer Mindestrente für alle, die im Laufe ihres Arbeitslebens z.B. durch Unterbrechungen in ihren Arbeitsbiografien (Arbeitslosigkeit, Familie, Pflege u.a.) nicht zu einer die Lebensgrundlagen und gesellschaftliche Teilhabe sichernde Rente im Versicherungssystem beitragen konnten. Es bleibt im Koalitionsvertrag wie bei der Grundsicherung unklar, wie die Reformbemühungen ausgestaltet werden. Orientiert an dem „neoliberalen Grundton“ des Koalitionsvertrages sind vor allem kosmetische Veränderungen zu erwarten.

” Wenn aber Arbeit dem Leben einen Sinn gibt, dann bedeutet Nicht-Arbeit, dass man gesellschaftlich bereits tot ist. In den Arbeitslosen von heute erkennen wir immer noch die Spuren der Lepra, den Wahnsinn der Verelendeten.“¹¹

Positiv ist, dass

das Rentenniveau den Wert von 48 Prozent „dauerhaft“ (!) nicht unterschreiten soll,

der Beitragssatz „in dieser Legislaturperiode“ 20 Prozent nicht überschreiten soll,

die Regelaltersgrenze nicht angehoben werden soll. (Diese Aussage bezieht sich aber wohl nur auf diese Legislaturperiode und schließt eine Anhebung der Altersgrenze auf über 67 Jahre nach 2025 nicht aus)¹²,

die Höhe/Berechnung bei Erwerbsminderungsrenten soll nicht nur für künftige Bezieher neu bemessen werden, sondern auch für schon „im Bestand“ befindliche EU-Rentner.

Darüber hinaus hat sich planerisch die FDP mit ihrem Konzept einer Aktienrente durchgesetzt. Grundlage soll sein, dass der Staat in einen Kapitalstock einzahlt, von dem erhofft wird, eines Tages relevante Beiträge zur Rentenkasse zu leisten. Der Staat soll also dazu gebracht werden, Sozialbeiträge, die der sozialen Sicherung arbeitender Menschen dienen, „privatwirtschaftlich“ zu verzocken. Vom „Erfolg“ bzw. dem Verlust von Renten und Altersrücklagen können Millionen Amerikaner nach dem Börsencrash 2008 erzählen. Ganz davon abgesehen, dass die geplanten Mittel von 10 Mrd. Euro, die jährlich in den Aktienfonds fließen sollen, auf Jahrzehnte hin nicht ausreichen, tatsächlich die Renten mitzufinanzieren.

” Menschen die wenig verdienen, und die sich selbst „abgehängt“ fühlen, wollen häufig mit Arbeitslosen nichts zu tun haben.“¹³



Gerhard Bäcker weist zurecht darauf hin, dass die Kapital- und Aktienmärkte keine Erträge garantieren, und dass Kursstürze und Börsencrashes keinesfalls ausgeschlossen werden können.

Resümee

Ich habe mit der Eingangsfrage nach einem vermutlichen Etikettenwechsel diesen Beitrag gestartet. Die Grundmelodie dieses Beitrags zeigt deutlich, dass jenseits der neoliberalen Ideologie zwar Einzelaspekte eine Verbesserung für die auf Organisation gesellschaftlicher Leistungen angewiesenen Personen darstellen, aber kein gesellschafts- und sozialpolitisches Konzept hinter dem Koalitionsvertrag steht, das prekäre Lebensverhältnisse substantziell verändern könnte. Für die bislang Abgehängten gibt es wenig Anlass zur Hoffnung.

Da wo die Klientel der FDP bedacht wird, werden, wie der kurzzeitige Stopp der Wohnungsbauförderung bei KfW-Häusern 40 + 55 gezeigt hat, schnell Verbesserungen und Kompromisse gefunden. Darüber hinaus werden Maßnahmen zum Klimaschutz oder andere sozial- und gesellschaftspolitische Maßnahmen wohl eher vernachlässigt werden, es sein denn, im Antireflex zu öffentlichen Leistungen können privatwirtschaftliche aber nicht unbedingt gemeinwohlorientierte Interessen bedient werden.

■ Hermann-Josef Kronen

Zitate:

⁹ Vgl. <https://www.deutschlandfunk.de/working-class-die-wohlstandstillusion-100.html>. Interview und Bericht zu Julia Friedrichs – working class // Warum wir Arbeit brauchen von der wir leben können

¹⁰ Anna Mayr – Die Elenden / Warum unsere Gesellschaft Arbeitslose verachtet und sie dennoch braucht / München 2020 S. 55

¹¹ Ebd. S. 59

⁹ Vgl. Bäcker a.o.a. S. 4
¹⁰Ebd. S. 5

¹¹ Ebd. S. 5, Klammereinfügung HJK

Die dunkle Seite der Pflege

„Respekt“ ist der Name eines Projekts, das in vier Gruppen im Kreis Heinsberg osteuropäische Betreuungs- und Pflegekräfte betreut, die als 24-Stunden-Hilfen in Privathaushalten leben und arbeiten. Nach Schweizer Vorbild zeigt es sich solidarisch mit osteuropäischen Frauen und Männern, die hier als Wanderarbeitnehmerinnen in der 24 Stunden-Betreuung und -Pflege von pflegebedürftigen Menschen tätig sind.

Fast 80% von ihnen sind illegal oder als Scheinselbstständige in Deutschland. Ziel des Projekts ist es, die Arbeits- und Lebensbedingungen für diese Menschen kurzfristig zu verbessern, zugleich Politik und Gesellschaft auf die Missstände hinzuweisen und so für die Zukunft nachhaltig Forderungen umzusetzen.

Am 25. September 2017 haben die Frauen und Männer unter dem Dach von AMOS (Verein gegen Armut und Arbeitslosigkeit) in Heinsberg, der Betriebsseelsorge Aachen, der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) das Netzwerk *Respekt* gegründet.

Hand aufs Herz: Würden Sie einen Job machen wollen, bei dem Sie 24 Stunden zur Verfügung stehen müssen? Für ein Gehalt von etwas mehr als 1000 Euro im Monat? Ohne Krankenversicherung oder Sozialversicherung, ohne Rentenanspruch? Dafür aber weitestgehend isoliert in einer fremden Wohnung, ohne soziale Kontakte, die eigene Familie weit weg. Nein, würden Sie nicht? Warum sollten osteuropäische Betreuungs- und Pflegekräfte dann solche Arbeitsbedingungen hinnehmen?

Werden Senioren hilfebedürftig, sollen sie häufig nicht ins Heim. Doch kann die Familie die Pflege nicht leisten, ist die „Polin im Haus“ oft der Rettungsanker. Nach wie vor arbeiten Frauen oder Männer aus Osteuropa als Betreuungs- und Pflegekräfte in Privathaushalten. Sie kümmern sich um alte und pflegebedürftige Personen vermittelt von Agenturen. Drei Monate bleiben sie in Deutschland, dann gehen sie wieder zurück in ihre Heimat zu ihren eigenen Familien. Nach ein paar Monaten kommen sie wieder nach Deutschland. Heute führen die meisten Frauen und Männer ein weitestgehend isoliertes Leben – ohne Freunde und ohne Familie. Dass diese Arbeitsbedingungen den geltenden Arbeitsgesetzen zuwiderlaufen, kommt noch hinzu. In dieser Situation bietet das Netzwerk *Respekt* Hilfe zur Selbsthilfe an, unterstützt die Wanderarbeiterinnen, wo immer es nötig ist. Wir wollen diese Frauen und Männer aus der Nische der Schwarzarbeit und der Rechtlosigkeit herausholen. Unser erstes Ziel ist es, dass alle sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden. Insofern stellt sich die Frage, wie künftig die Entwicklung der häuslichen Pflege zu gestalten ist und wie Familien mit der Pflegeverantwortung umgehen sollen.

■ Rosi Becker



Beispiel Galina (Respekt, Region Heinsberg):

Galina (51) kommt aus Ungarn. Sie hat ein Hochschul-Diplom als Sprachlehrerin, in ihrer Heimat drei Kinder allein großgezogen. Doch einen Job, der ähnlich viel einbringt wie eine Pflegestelle in Deutschland, hat sie in ihrer Heimat nicht. Daher lebt sie jetzt im Obergeschoss eines großen und dennoch ziemlich düsteren Hauses in einer niederrheinischen Kleinstadt. Im Untergeschoss pflegt sie einen Mann, der nach einem Schlaganfall bettlägerig ist, 24 Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche. Zwei Stunden pro Woche hat sie frei. 1000 Euro erhält sie dafür pro Monat. 100 Euro davon muss sie dem Vermittler in ihrer Heimat zahlen. Alle zweieinhalb Monate fährt sie für drei Wochen nach Hause, die Fahrt zahlt sie selbst. In der Zeit dazwischen hat sie Heimweh, nach ihren Kindern, ihren Enkelkindern, die sie so sehr liebt. Und sie weiß, dass ihr die Zeit, die sie daheim verpasst, niemand mehr zurückgeben kann.

„Respekt“ gut vernetzt

Respekt ist eingebunden in das vom Bistum Aachen geförderte Wanderarbeitnehmer*innenprojekt. Dies ist, wie *Respekt*, angesiedelt bei der Betriebsseelsorge im Bistum Aachen und in Kooperation mit der KAB, Diözesanverband Aachen, der AMOS eG sowie der Stiftung Volksverein in Mönchengladbach. Letztere engagiert sich besonders für die Wanderarbeitnehmer*innen in der Logistikbranche.

Das Wanderarbeitnehmer*innenprojekt und *Respekt* sind Bündnispartner in der *Heinsberger Initiative für gute Arbeit und Mitbestimmung* (kurz Higam) mit den DGB-Gewerkschaften, kirchlichen Akteuren und dem Caritasverband. Über dieses Bündnis haben wir in der Vergangenheit politische Lobbyarbeit zur Legalisierung der Arbeitsverhältnisse der Wanderarbeitnehmer*innen im Betreuungs- und Pflegebereich (Live-ins) und den Erntehelfer*innen (Saisonarbeiter*innen) betrieben.

Das Wanderarbeitnehmer*innenprojekt und *Respekt* sind eingebunden in die bundesweite Vernetzung mit „Faire Mobilität“, landesweit in „Arbeit und Leben“ sowie in eine europäische Vernetzung mit insbesondere osteuropäischen Gewerkschaften und kirchlichen Bildungs- und Arbeitnehmerorganisationen, koordiniert vom Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath.

■ Johannes Eschweiler

#gemeinschaft – viele Stimmen, ein Klang.

Mitmachen und Mitsingen bei der Soliaktion 2022

Die Solikollekte für arbeitslose Menschen im Bistum Aachen macht jedes Jahr im Mai auf die Situation von erwerbslosen, von Arbeitslosigkeit bedrohten oder prekär beschäftigten Menschen aufmerksam. Dieses Jahr wird es musikalisch: Wir rufen einen Mitmachchor ins Leben und nehmen ein Musikvideo auf.

Musik machen verbindet und mit der eigenen Stimme bringen wir alle die besten Voraussetzungen mit: viele unterschiedliche Stimmen ergeben zusammen einen schönen Klang. Gerade nach zwei pandemiegeprägten Jahren wird es Zeit für Gemeinschaft.

Unter der Leitung der Musikerin Tanja Raich wird bei zwei Proben gemeinsam ein Lied einstudiert. Es kann an drei verschiedenen Orten teilgenommen werden: Aachen, Krefeld oder Mönchengladbach. Kleine Auftritte im Kontext von anderen Veranstaltungen sollen wenn möglich folgen. Die Einladung zum Mitmachen geht an alle Menschen, die die Einrichtungen und Beratungsstellen der Erwerbslosenarbeit besuchen, Mitarbeitende und alle, die gerne gemeinsam mit anderen singen möchten und dabei ihre Stimme für mehr Gerechtigkeit und Gemeinschaft erheben möchten.

■ Kathrin Henneberger

Termine in MG: 17. Mai 2022, 10:30 – 12

und 14. Juni 2022, 10:30 – 12,

Ort: Volksverein, Geistenbecker Str. 107, MG

www.solidaritaetskollekte.de

WERTvoll arbeiten – menschenwürdig statt prekär

Die Lohnarbeitsverhältnisse werden immer prekärer. Sie sind häufig ungeschützt, schlecht entlohnt und ohne Perspektive. In solchen Arbeitsverhältnissen erleben wir in besonderem Maße menschenunwürdige Arbeit.

Deshalb richtet die Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB) Deutschlands in den nächsten Jahren ihren Blick auf diese prekäre Arbeit mit dem Ziel sie abzuschaffen – in Deutschland und in der Welt, aber auch in der Kirche. Die KAB der Diözese Aachen hat dieses Thema bereits aufgegriffen und eröffnet ihre Kampagne „WERTvoll arbeiten – menschenwürdig statt prekär“ mit einem Highlight:

Der bekannte Sozialethiker und emeritierte Professor Dr. Franz Segbers wird in seinem Vortrag „Den Schrei der Armen hören“ die Inhalte und Positionen der KAB zum Schwerpunkt „WERTvoll arbeiten – menschenwürdig statt prekär“ kritisch kommentieren und sozial- und arbeitspolitisch einordnen. ■

Eröffnung der Kampagne

„WERTvoll arbeiten – menschenwürdig statt prekär“

Do 5. Mai 2022, 18.30 h

Kulturzentrum Südbahnhof Krefeld, Saumstr. 9

Aktionsbündnis „Sicherer Hafen Mönchengladbach“

Im Juni 2019 veranstaltete die Initiative „Seebrücke“ den Kongress „Sichere Häfen. Leinen los für kommunale Aufnahme“. Ihr gehören mittlerweile 267 deutsche und über 600 europäische Städte an. Ein zukunftsweisendes und demonstratives Arbeitsergebnis des Kongresses war die Gründung des Städtebündnisses „Städte Sicherer Häfen“.

Dieses Bündnis vereint bundesweit Kommunen, Gemeinden und Landkreise, die sich entschlossen haben, über ihre Solidarität mit der Initiative Seebrücke und der zivilen Seenotrettung im Mittelmeer hinaus aktiv Flüchtlingspolitik in Deutschland mitzugestalten. Sie verbindet die Bereitschaft, aus Seenot gerettete, in überfüllten Aufnahmelagern gestrandete oder an den europäischen Außengrenzen durch „push backs“ bedrohte Schutzsuchende zusätzlich aufzunehmen. Das Bündnis vernetzt die aufnahmebereiten Kommunen und Gemeinden und bündelt die gemeinsamen Interessen. Ihm gehören inzwischen 117 deutsche Städte an.

Der nach der Kommunalwahl im September 2020 neu gebildete Stadtrat befasst sich mit dieser Thematik und verabschiedete schon im Dezember 2020 den folgenden Beschluss:

„Der Rat der Stadt Mönchengladbach hat am 16. Dezember 2020 beschlossen: Die Stadt Mönchengladbach schließt sich der Initiative Seebrücke – Schafft sichere Häfen an. Wir verstehen dies als Zeichen der Humanität und als Bekenntnis zum Recht auf Asyl, zur staatlichen Seenotrettung und zu einer menschenwürdigen Unterbringung Geflüchteter.“

Das Aktionsbündnis

Im Bündnis für Menschenwürde und Arbeit wurde dieser Ratsbeschluss diskutiert. Wir waren uns einig, dass die grundsätzliche Bereitschaft der politischen Parteien zur Unterstützung geflüchteter Menschen praktische Folgen haben müsse. Deshalb ergriffen wir die Initiative, sprachen kommunale, kirchliche, Bildungs- und Menschenrechtsorganisationen an, die in Mönchengladbach seit langem mit der Betreuung und Versorgung geflüchteter Menschen befasst sind, und gründeten am 24. September 2020 im Rahmen eines ökumenischen Gottesdienstes in der Rheydter Hauptkirche mit ihnen gemeinsam das „Aktionsbündnis Sicherer Hafen Mönchengladbach“.

Am 24. Oktober fand, ebenfalls in der Rheydter Hauptkirche, eine Podiumsdiskus-



sion statt, an der die Mitglieder des Aktionsbündnisses sich beteiligten, die sehr gut besucht war, in der rege diskutiert wurde und Oberbürgermeister Felix Heinrichs ein öffentliches Bekenntnis abgab, dass er persönlich sich darum bemühen werde, dass die Stadt Mönchengladbach tatsächlich ein sicherer Hafen für Flüchtlinge wird.

Was wir wollen

Durch die Corona-Pandemie wurde die menschenunwürdige Lage geflüchteter Menschen an den Außengrenzen Europas weitgehend aus dem Bewusstsein der Öffentlichkeit verdrängt. Unser Projekt verfolgt – vorerst – fünf Ziele. Die Forderungen der „Seebrücke“ zu einer menschenrechtskonformen Migrationspolitik zu diskutieren, um eine möglichst breite Unterstützung in der Stadt zu erreichen:

Die 5 Ziele des Aktionsbündnisses

- 1. Durch Vernetzung aktiver Gruppen, Initiativen, Vereine und Kirchengemeinden Einfluss zu nehmen, um die Situation von Geflüchteten zu verbessern.
- 2. Spenden zu sammeln, um die Freiwilligenorganisation Samos Volunteers, die auf der griechischen Insel Samos Flüchtlingslager betreut, zu unterstützen.
- 3. Außerdem soll der Freiwilligendienst der christlichen Gemeinschaft Sant' Egidio unterstützt werden, der ermöglicht, dass junge Menschen aus ganz Europa in den Flüchtlingslagern Hilfe leisten.
- 4. Durch öffentliche Aktionen und Veranstaltungen mehr Bewusstsein für die Lage der geflüchteten Menschen zu schaffen.
- 5. Alle Möglichkeiten auszuschöpfen, auf die Flüchtlings- und Migrationspolitik nicht nur der Stadt, sondern des Landes NRW und der Bundesregierung Einfluss zu nehmen.

Bürgerantrag

Um den Anliegen unseres Aktionsbündnisses Nachdruck zu verleihen, haben wir einen „Bürgerantrag an den Rat der Stadt Mönchengladbach“ verfasst, den wir im Laufe des Monats Februar mit den Ratsfraktionen diskutierten und in den Rat der Stadt einbringen werden:

„Wir als Mitglieder des lokalen Bündnisses ‚Sicherer Hafen Mönchengladbach‘ beantragen, dass der Rat der Stadt Mönchengladbach per Beschluss

- a) den Beitritt zum Städtebündnis ‚Städte Sicherer Häfen‘ erklärt
- b) zu diesem Zwecke die ‚Potsdamer Erklärung‘ des Städtebündnisses unterzeichnet (s. Begründung)
- c) für die praktische Umsetzung der Potsdamer Erklärung die politischen Forderungen der Initiative ‚Seebrücke‘ explizit übernimmt (s. Begründung).“

- 1 Info: <https://staedte-sicherer-haefen.de>
- 2 Hintergrund-Info: <https://cms.seebruecke.org/>

Begründung:

Wir begründen diesen Antrag mit der Notwendigkeit, über verbale Bekenntnisse hinaus die Forderungen, die sich aus der Potsdamer Erklärung ableiten, lokal aktiv umzusetzen. Einzelheiten zum Bürgerantrag finden sich auf der Internetseite des Aktionsbündnisses.¹

- 1 <https://www.sicherer-hafen-mg.de/#menuopen>

Eine breite Basis schaffen

Das Projekt „Sicherer Hafen Mönchengladbach“ wird nur ein Erfolg werden, wenn es von einem breiten Bündnis von Unterstützer*innen getragen wird. Deshalb laden wir alle Bürgerinnen und Bürger Mönchengladbachs ein, sich anzuschließen und Mönchengladbach zu einem sicheren Hafen zu machen. Wir werden in einer öffentlichen Veranstaltung, über deren Terminierung wir zeitnah informieren werden, über unser Aktionsbündnis und unseren Bürgerantrag informieren.

■ Wolfgang Hesse, Dr. Günter Rexilius

Schlaglichter
auf die Arbeit
unseres
Bündnisses

Bündnis für soziale Gerechtigkeit Mönchengladbach

Unser Bündnis hat sich 2019 an der Gründung des kommunalen „Bündnis für soziale Gerechtigkeit Mönchengladbach“ beteiligt.

Darin arbeiten u.a. der Päritätische Wohlfahrtsverband, Diakonie, Caritas, DGB, Lebenshilfe e.V., Arbeitslosenzentrum oder die Initiative „Widerstand gegen Mietenwahnsinn“ mit. Ähnlich wie z.B. das Sozialbündnis Krefeld ist es seine Aufgabe, soziale Missstände in der Stadt aufzuzeigen und Veränderungen zugunsten der Betroffenen anzustoßen. Seit seiner Gründung ist Schwerpunkt des Engagements im neuen Bündnis die Wohnungsproblematik in der Stadt. Wie in vielen deutschen Städten fehlt es massiv an Wohnraum für Menschen aus dem unteren Einkommenssektor. Leider hat die Stadt Mönchengladbach trotz eines sehr hohen Anteils an Armutsbevölkerung bislang keine wirksamen Maßnahmen dagegen ergriffen. Darüber hat das Gladbacher Bündnis bislang mit den Ratsfraktionen der Grünen, Linke, SPD und FDP Gespräche geführt. Bis endlich konkrete Ergebnisse sichtbar sind, gilt es, hier nicht locker zu lassen.

Obdachlosenwinterhilfe der Diakonie

Nach einer Konferenz im Dezember 2020 mit Trägern der Obdachlosenhilfe in Mönchengladbach zur Frage der Winterhilfen für obdachlose Menschen hat unser Bündnisrat beschlossen, mithilfe einer Medikamentenliste die kostenlose Vergabe durch die Diakonie mit Sach- und Geldspenden zu unterstützen.

Die Diakonie arbeitet dazu mit zwei medizinischen Fachkräften zusammen, die vor Ort die Medikamente verteilen und entsprechende Beratung leisten.

Die Beschaffung der Medikamente läuft rein auf Spendenbasis. Dankenswerterweise konnten wir bereits von Gladbacher Apotheken Sach- und eine Geldspende(n) erhalten und der Diakonie übergeben. Eine Sachspende mit Medikamenten hatte einen Wert von über 1700 Euro! Die Aktion läuft weiter.

■ Wolfgang Fels

Wohnungslose in Krefeld und der besondere Ansatz der kleinen Emmaus-Gemeinschaft



Foto: Emmaus-Gemeinschaft Krefeld

Obdachlose und von Wohnungslosigkeit Bedrohte sind gerade in Krisenzeiten unmittelbar betroffen. Zu Beginn der Pandemie war die Lage von ca. 300 KrefelderInnen am dramatischsten. Viele Einrichtungen, vor allem ehrenamtlich geführte, hatten geschlossen, es standen kaum Toiletten und Waschmöglichkeiten zur Verfügung, Essen wurde nur draußen ausgegeben.

Innerhalb der letzten 2 Jahre gab es in Krefeld aber einige positive Entwicklungen. Beispielsweise wurde zwischen der Stadt Krefeld, der Caritas und Diakonie für diesen Winter ein Notprogramm für Obdachlose entwickelt, Emmaus war in einem kleinen Rahmen beteiligt.

In der städtisch geführten Notunterkunft für Obdachlose werden mittels eines 3-Stufen-Konzeptes Menschen letztlich in eine Wohnung vermittelt. Die Einrichtung hat zusätzlich zur Notunterkunft bereits kleinere Wohngruppen als Vorbereitung eingerichtet. Innerhalb von 6 Monaten konnten auf diese Weise bereits 6 Personen von dort aus eine eigene Wohnung beziehen. Außerdem gibt es in diesem Winter einen „Kältebus“, mit dem zwei StreetworkerInnen (Stadt und Caritas) einmal pro Woche nachts Wohnungslose im gesamten Stadtgebiet aufsuchen. Sie versorgen die Bedürftigen mit warmen Getränken, Kleidung, Decken und ihrem Zuhören.

Leider stellt man, auch bei den Gesprächen die im Emmaus Tagestreff geführt werden, fest, dass eine große Zahl Wohnungsloser die Notunterkünfte (in diesem Winter stellt die Diakonie 20 zusätzliche Betten zur Verfügung, insgesamt sind es 80) nicht nutzen möchten.

Daher stellt sich immer wieder die Frage nach noch niedrigschwelligeren Hilfen, damit niemand erfrieren muss. Welche Hilfsmittel, die nichts mit einer menschenwürdigen Unterkunft zu tun haben, kann die Gesellschaft ertragen, wieviel ist ohne Betreuung möglich: Sheltersuits, Zelte, Tiny houses?

Mittelfristig spricht die Krefelder Sozialverwaltung von einer Gesamtkonzeption unter dem Titel „Obdach Krefeld“, bei dem Daten und Analysen aus bestehenden Einrichtungen, sowie die

diversen Problemlagen berücksichtigt werden sollen. Allerdings mangelt es auch in Krefeld an Wohnraum, um den GeringverdienerInnen „streiten müssen“!

Emmaus Krefeld ist seit 30 Jahren in der Wohnungshilfe tätig; zusätzlich zum Selbsthilfeforum hatte die Gemeinschaft 10 Jahre lang einmal pro Woche Suppe auf der Straße verteilt, seit 2003 betreut der Verein (5 x pro Woche) einen Tagestreff für Bedürftige, in dem die Selbsthilfe gefördert werden soll, seit 2019 ist der Emmaus Tagestreff ein Hauptakteur der „Krefelder Demokratiewerkstatt“.

In der Lebens- und Arbeitsgemeinschaft finanzieren sich 12 Personen durch einen 1000qm großen Secondhand-Markt und Wohnungsauffösungen. Sie werden unterstützt von Zusatzkräften und EhrenamtlerInnen. Die Emmaus-Gemeinschaft verzichtet bisher aus Prinzip auf öffentliche Fördermittel. (Das könnte sich mit dem höheren Mindestlohn ändern.) Das familiäre Zusammenleben in der Wohngemeinschaft wirkt positiv auf die MitarbeiterInnen der Arbeitsgemeinschaft. Besonders spannend ist die Emmaus-Arbeit durch die Vernetzung der 425 Mitgliedsgruppen in 41 Ländern. Wo begegnen sich sonst schon „arme Menschen“ auf internationaler Ebene? Des Weiteren möchte Emmaus immer „gleichermaßen Not lindern und Ursachen von Armut“ bekämpfen. Mit dem Krefelder Sozialbündnis setzt man sich daher für soziale Gerechtigkeit ein, im Bündnis für Toleranz und Demokratie gegen Rechtsextremismus, im Zukunftsforum für Umweltthemen, im Friedensbündnis gegen Armut verursachende Kriege, im Flüchtlingsrat für Geflüchtetenhilfen.

Die „Hilfe zur Selbsthilfe“, sowie die Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen sind zentrale Anliegen der Emmaus-Gemeinschaft.

■ Elisabeth Kreul

03.09.2022 Internationaler Solidaritätsverkauf zum 30-jähriges Bestehen von Emmaus Krefeld
Shedhalle der Samtweberei
Lewerentzstr. 104, Krefeld
www.emmaus-krefeld.de



Das Bündnis war zu Besuch bei den Fahrern von Amazon in Rheindahlen und fragte nach.

Bündnis „Fair Fahren“ gegründet Amazon-Aktionstag zeigt: Der Weltkonzern hat wenig Herz für seine Fahrer

Im Februar 2021 fanden erste Gespräche zwischen verschiedenen Vertretern der Stiftung Volksverein und dem Arbeitslosenzentrum Mönchengladbach als Träger der Beratungsstelle Arbeit statt. Dabei ging es um die Umsetzung des Schwerpunktes: Bekämpfung ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse.

Vielfältig sind die Branchen, in welchen man ausbeuterische Strukturen feststellen kann. Osteuropäische 24-h-Pflegekräfte in Privathaushalten, in der Landwirtschaft, Schlachthöfen und vor allem der Logistik. Da in Mönchengladbach sehr viele Logistikzentren geschaffen wurden – Güdlerath und Rheindalen – ist durch diese große Ansammlung von Unternehmen eine Vielzahl von Problemen hinsichtlich ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse entstanden. Die Überlegung, welchem Schwerpunkt man sich widmen wollte, fiel dann sehr schnell auf den Logistikbereich. Für die weitere Arbeit konnten dann der DGB Mönchengladbach, ver.di Bezirk Linker Niederrhein, das Beratungsnetzwerk „Faire Mobilität“, „Arbeitnehmerfreizügigkeit fair gestalten“ von Arbeit und Leben DGB/VHS NRW e.V, die Betriebsseelsorge Mönchengladbach, IQ-Projekt „Faire Integration“ beim DGB-Bildungswerk BUND, als Partner für einen Zusammenschluss gefunden werden, welcher sich den Namen „Bündnis Fair Fahren“ gab.

Bei einem „Vor-Ort Termin“ konnten dann die Auswirkungen ausbeuterischer Beschäftigung in großem Umfang festgestellt werden. Die vor allem osteuropäischen LKW-Fahrer, welche Lieferungen in und aus den Logistikzentren ausführen sind oft wochen-, monatelang im europäischen Ausland unterwegs. In den Mönchengladbacher Logistikzentren gibt es keine Sanitäreinrichtungen für die Fahrer, welche oft tagelang vor den Logistikzentren auf der Straße „campieren“ müssen, bis sie abgefertigt werden. Manche warten tagelang auf neue Transportaufträge ihrer Firmen oder Vermittler. Nach Auskunft einiger

Fahrer wird ihnen ein Lohn von ca. 4 bis 4,50 Euro gezahlt.

Bei einem weiteren Aktionstag im September 2021 vor dem Amazon-Logistikzentrum in Rheindalen konnten ähnliche Erfahrungen gesammelt werden. In der Beratung einiger Fahrer konnte vermittelt werden, dass allen Fahrern für die Zeit, welche sie in Deutschland mit Transportleistungen (inkl. der erforderlichen Pausen) arbeiten einen Anspruch auf den gesetzlichen, deutschen Mindestlohn (derzeit 9,82 Euro) haben. Darüber freuten sich natürlich einige, berichteten dann, dass sie wahrscheinlich gekündigt würden, wenn sie den Lohn einfordern. Festgestellt wurden auch aufenthaltsrechtliche Unklarheiten, wie z.B. Fahrer aus Aserbeidschan fahren für polnische Transportunternehmen, die wiederum gehören deutschen Speditionen.

Beim Amazon-Aktionstag wurde dann die Frage der Verantwortlichkeit von Logistikfirmen wie Amazon, Zalando, DHL, Fiege u.a. für die sanitären und hygienischen Verhältnissen aufgeworfen und anschließend eine dementsprechende Anfrage mit Gesprächsangebot verschickt. Nach mehreren Monaten verschiedener Telefonate und Mails zwischen dem Bündnis und der Standortleitung von Amazon steht nun für das Bündnis fest, dass unter den Bedingungen, welche Amazon hinsichtlich der Gesprächsinhalte und der Teilnehmer gestellt hat, ein Gespräch nicht stattfinden wird. Hauptgrund ist, dass Amazon ein Gespräch mit anwesenden Gewerkschaftsvertretern (DGB und ver.di) nicht akzeptiert. Ein solch undemokratisches Verhalten eines Weltkonzerns ist nicht akzeptabel.

Als weitere Frage steht zur Klärung an, welche Verantwortung eigentlich die Stadt Mönchengladbach für eine entsprechende Ausstattung der Logistikzentren trägt. Reicht es aus, Grundstücke möglichst preiswert an Weltkonzerne zu verhökern, ohne eine Folgenabschätzung für Verkehr, Infrastruktur und Zweckbindung festzulegen?

■ Werner Quasten

Was ist eigentlich „Prekariat?“

Wir haben einige Links zum Thema zusammengestellt und weisen auch auf unsere Veranstaltung (siehe unten) hin. Herzliche Einladung!

www.arte.tv/de/videos/044979-001-A/der-kapitalismus-1-6/

www.deutschlandfunk.de/working-class-die-wohlstandsillusion-100.html

www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/expertise-mehr-rueckenwind-fuer-den-sozialen-arbeitsmarkt-vorhandene-potenziale-fuer-eine-bessere-finanzierung-nutzen/

<https://aktuelle-sozialpolitik.de/2022/02/20/langzeitbeitslose-als-verlierer-der-corona-krise/?fbclid=IwAR1pJWwc6fZ67N9VLG63eKh3wjic6RCKawmM6zUYuhog6D5jCFHYVRK4Lmw>

**Donnerstag 2. Juni 2022
18:30 Uhr Citykirche
Mönchengladbach**

**Verarmtes Leben
prekäreres Leben**

**Was müssen wir
dagegen tun?**

Vortrag und Diskussion

Das „Bündnis für Menschenwürde und Arbeit“ möchte alle Interessierten und Betroffenen herzlich zu einer Diskussions-Veranstaltung in der Citykirche Mönchengladbach Alter Markt einladen.

Prof. Dr. Heinz-Josef Bontrup (Ökonom, Westfäl. Hochschule Gelsenkirchen u.a.) und Prof. Dr. Nico Dragano (Sozialmediziner, Uni Düsseldorf)

Die Referenten werden inhaltliche Inputs geben zur Entstehung und gesellschaftlichen Bedeutung des prekären Sektors. Dabei soll die Veranstaltung über Folgen und Gefährdungen von prekärem Leben auf persönliche wie familiäre Gesundheit informieren und Wege aufzeigen, die aus dieser Armutsspirale herausführen. Danach sind Nachfragen und Diskussion geplant sowie für alle, die Zeit und Interesse haben, noch das Angebot an einem Gesprächskreis mit einem Referenten teilzunehmen.

Veranstalter: Bündnis für Menschenwürde und Arbeit

Mitträger: Förderverein Stiftung Volksverein Mönchengladbach e.V., Kath. Forum für Familien- und Erwachsenenbildung Region MG-HS, Philippus Akademie des Ev. Kirchenkreis MG-NE, Rosa Luxemburg Club Mönchengladbach

Ein prekäres Fundstück

In der „ZEIT“ vom 27. Januar 2022 schreibt die Kolumnistin Anna Mayr über ihre Entdeckung in einem Schulbuch für die 9. Klasse, die wir hier in Auszügen dokumentieren:

„In der Aufgabe geht es um Berufe. Darum, wer welchen Beruf wählt. Genauer: *Erkläre, was Sackgassenberufe sind.* Sackgassenberufe, so steht es tatsächlich in Schulbüchern, sind Berufe, in denen es keine *Aufstiegsmöglichkeiten* gibt. Frauen, so warnte das Schulbuch, neigen eher dazu, in Sackgassenberufen zu arbeiten. Sie werden Arzthelferinnen statt Ärztinnen, Kindergärtnerinnen statt Vorsitzende des AWO-Bundesverbands. Wenn *die Leute*, insbesondere Frauen, sich für andere Berufe entscheiden würden, suggeriert diese Erklärung, dann ginge es eigentlich allen gut, denn dann könnten sie ja aufsteigen. Ich frage mich, wie solche Autoren leben, die Kinder in Schulbüchern dazu zwingen, den Begriff *Sackgassenberufe* zu lernen... Ich frage mich, wer diesen Schulbuchautoren ihre Pakete bringt. Wer auf ihre Kinder aufpasst, während sie in



Schulbuchautorkonferenzen sitzen. Wer ihren Bio-Müll abholt und wer ihre Wände streicht, wer ihre Fertighäuser an den Stadtrand baut und wer im Restaurant ihre Teller spült. Wer ihnen beim Zahnarzt dieses bescheuerte Lätzchen umbindet, wer ihre Corona-Impfstoffe durchs Land fährt, wer ihre Windel wechseln und ihre Hand halten soll, wenn sie irgend-

wann keine Schulbuchautoren mehr sind. Meine Vermutung ist, dass die Schulbuchautoren das selbst nicht wissen. Weil sie all diese Menschen eher als Mobilien wahrnehmen denn als Personen. Der Paketbote ist für sie kein Mensch, der aus einem Auto steigt und an der Tür klingelt und dabei eigene Gedanken hat – er wirkt wohl eher wie eine Art Greifarm-Verlängerung des Transporters, den er fährt.“

Erinnern wir uns an diese fast demütigende Aktion, den Pflegekräften Beifall zu klatschen für ihren Einsatz bis zum Umfallen während der Covid-19-Pandemie. Anna Mayr bringt es auf den Punkt: Ohne die Berufe, die sie nennt, würde das gesellschaftliche Leben zusammenbrechen – sie Ausübende werden nicht nur so miserabel bezahlt und ihre Jobsicherheit ist so gering, dass das Armutsrisiko sie begleitet, ihre Tätigkeiten tendieren auf der Wertschätzungsskala gegen Null.

Anna Mayrs Hoffnung für die nächsten Jahre wird vergebens sein. Weder materielle noch ideale Anerkennung für Millionen Menschen, die im Prekariat nur tiefer sinken können, ist im neoliberal eingefärbten Koalitionsvertrag vorgesehen. Nicht die kleinsten Schritte in Richtung zu einer gerechteren Gesellschaft, in der Milliardenvermögen und -Erbschaften Basis für sozialen Ausgleich und Chancengleichheit junger Menschen sind, dürfen die PaketbotInnen und ihre vielen LeidensgenossInnen erwarten. Sie müssen erkämpft werden.

■ Dr. Günter Rexilius/Hermann-Josef Kronen

Leben live mit und bei der LEG-Immobilien AG

Prekäres Wohnen und eine entsprechende Wohnungsnot sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen! Ja, auch Mönchengladbach hat einen Wohnraumangel und somit einen angespannten Wohnungsmarkt.

Das betrifft sowohl den Bereich der Bestandswohnungen wie auch den Neubau. Die Warmmieten sind zunehmend zu einem Armutsrisiko geworden und auch in Mönchengladbach dreht sich die Mietpreisspirale weiter nach oben! Das Fehlen an bezahlbarem Wohnraum zieht gesellschaftliche Folgen nach sich, wie Kinderarmut, Altersarmut, Verdrängung, Wohnungslosigkeit, fehlende Barrierefreiheit und Arbeitslosigkeit. Wohnungsarmut in all ihren Facetten ist zum größten gesellschaftlichen Problem geworden! Steigende Mieten, auch in Mönchengladbach, und weitere Verdrängungsprozesse, spekulativer Leerstand und die Vernachlässigung von Instandhaltungen sowie ein hochpreisiger Neubauboom haben in vielen Städten der Republik zu prekären Wohnverhältnissen geführt! In Städten wie Köln oder Düsseldorf müssen zum Beispiel tausende Menschen bereits die Hälfte ihres Monatseinkommens für die Miete ausgeben. Einen Blick auf den Mönchengladbacher Wohnungsmarkt zeigt, dass auch bei uns immer mehr Menschen verzweifelt nach einer bezahlbaren und mängelfreien Wohnung suchen! In Mönchengladbach wohnen 67,2% der Bevölke-

rung zur Miete und die Durchschnittskaltmiete liegt bei 7,67 Euro je qm im Bestand, sowie 9,80 Euro je qm beim Neubau, Tendenz jeweils steigend! Ebenso fehlt es an dringend benötigten Sozialwohnungen, hier ist der Bestand seit 2014 um 1395 auf nur noch 7027 Wohnungen gesunken! Im Zeitraum von 2017 bis 2019 wurden dagegen nur 254 neue Sozialwohnungen erstellt. Somit kommen zurzeit in unserer Stadt auf

eine Sozialwohnung bereits fünf Bezugsberechtigte mit Wohnberechtigungsschein! Von dieser Wohnungsknappheit profitiert auch die LEG Immobilien AG, hier vertreten durch die LEG

Wohnen NRW GmbH, die mit einem Bestand von ca. 7000 Wohnungen, darunter viele ehemalige Post- und Eisenbahnerwohnungen, der größte Vermieter im Stadtgebiet ist und ein Mieterbüro im Stadtteil Rheydt-Geneicken unterhält. Der Unmut über das Geschäftsmodell der LEG zur „reinen Profitmaximierung“ wächst im gesamten Bundesland NRW an, bei den Mietervereinen stapeln sich die Beschwerden über den Wohnungskonzern! In den LEG-Wohnungen in Mönchengladbach wohnen überwiegend Haushalte mit geringerem Einkommen, bei mangelhafter Ausstattung und Qualität, oft auf zu kleiner Fläche und haben dennoch eine deutlich höhere Mietbelastung zu tragen! Ebenso beklä-

gen die LEG-Mieter in Mönchengladbach den „schlechten Service“ des Wohnungskonzerns, vom fehlenden Ansprechpartner (Hauswart) vor Ort, nicht vorhandenen oder unzureichenden Müllstellplätzen über lange Wartezeiten bei dringenden Reparaturarbeiten und stetig auftretendem Schimmelbefall in den Wohnungen/Häusern, bis hin zu fehlerhaften und unbelegten Nebenkostenabrechnungen!

Deshalb muss man feststellen: Wohnen ist „kein Privileg“, sondern „ein Menschenrecht“ und Wohnen gehört zur Daseinsvorsorge und diese ist gemäß Artikel 28 Abs. 2 des GG der BRD

durch die politisch Verantwortlichen sicherzustellen.

So sollte sich die Politik auf dem Wohnungsmarkt wieder einer Tätigkeit zuwenden, die der „sozialen Gerechtigkeit“ verpflichtet ist und sich an den Interessen der Menschen orientiert und nicht an denen der Wohnungskonzerne und Finanzmärkte. Deshalb brauchen wir unbedingt ein Umdenken in der städtischen Wohnraumpolitik nach dem Motto: Weg vom hochpreisigen Bauen und hin zu mehr günstigen Wohnungen durch einen genossenschaftlichen und gemeinnützigen Wohnungsbau!

■ Gerd Lippold, LEG-Mieterinitiative
„Widerstand gegen Mietenwahnsinn“

Zurzeit kommen in unserer Stadt auf eine Sozialwohnung fünf Bezugsberechtigte mit WBS.



Kontakt zum Bündnisrat / Impressum

Christa Dressen / c.dressen@gmx.de

Günter Rexilius / guenter.rexilius@t-online.de

Hermann-Josef Kronen / hermann-josef.kronen@t-online.de

Redaktion: Wolfgang Fels, Grafik: Christian Bauer

Druck: Printzipia, Auflage 1500, 100% Recycling

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit

Wolfgang Fels

Tel. 021 61/948 90 83

Kirchplatz 11 • 41061 Mönchengladbach

www.menschenwuerde-und-arbeit.de

bma@stiftung-volksverein.de

Spendenmöglichkeit:

Förderverein Stiftung Volksverein

Mönchengladbach e.V.

DE33 310 500 000 003 180 825

Verwendung: BMA

